

# Schlußbilanz einer gescheiterten Politik

**In den Gemeinden, Städten und Kreisen wird in den kommenden Wochen über die Haushaltspläne für das kommende Jahr beraten. In den Zahlen schlagen sich empfindlich negativ die Auswirkungen der Schwäche des Landeshaushalts nieder. Landesfinanzminister Posser (SPD) hat vor kurzem den Landeshaushalt 1988 im Landtag vorgelegt. Dazu nahm vor dem Landtag der CDU-Abgeordnete Hartmut Schauerte, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, in einer Rede Stellung. Die Ausführungen von Hartmut Schauerte geben Auskunft über Ursachen der Finanzmisere und zukünftige Perspektiven. Wir geben sie hier in gekürzter Form zur Kenntnis:**

Wir beraten heute den Landeshaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen mit einem Volumen von 61 Milliarden DM. Das ist der zweitgrößte Haushalt der Bundesrepublik Deutschland, aber leider einer der schlechtesten. Nur noch Bremen und Saarland haben schlechtere Haushaltssalden als das einst reiche und finanziell starke Land Nordrhein-Westfalen. Dieser Haushalt ist nicht mehr geschönt wie der letzte Haushalt, der ja für die Bundestagswahl des Ministerpräsidenten Rau herhalten mußte.

Herr Finanzminister Posser, Sie haben einen Haushalt hier vorgelegt, und Sie haben ihn begründet in einer bedrückenden Weise, in einer beängstigenden Weise, aber leider auch in einer absolut perspektivlosen Weise.

Es ist nicht eine Erfolgsbilanz, eine Eröffnungsbilanz, mit der man nach vorne weisen kann, sondern es ist die Schlußbilanz einer gescheiterten Politik. Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß dies Ihr letzter Haushalt ist, weil sich die Gerüchte nun wirklich verdichten, daß Sie im kommenden Jahr das Amt nicht weiter ausüben wollen. Deswegen gebietet es sich für uns, diesen Haushalt nicht nur punktuell allein zu betrachten, sondern eine Gesamtbilanz aufzustellen: Was ist denn in den zehn Haushaltssjahren, für die Sie Verantwortung tragen in diesem Land, für die der Ministerpräsident mit Ihnen Verantwortung trägt in diesem Land, tatsächlich geschehen?

Die Ausgangslage 1978, Herr Finanzminister: Wir hatten ein Volumen von 48 Milliarden DM. Wir haben heute über 12 Milliarden DM mehr; das sind 61 Milliarden DM. Wir hatten Schulden von 30 Milliarden DM, wir werden am Ende des von Ihnen vorgelegten Haushalts 100 Milliarden DM Schulden haben; das sind 70 Milliarden DM Schulden mehr. Wir hatten damals Schulden je Einwohner von 1818 DM. Wir haben heute, wenn wir die Gesamtverschuldung zugrunde legen, eine Verschuldung

pro Kopf der Einwohner des Landes Nordrhein-Westfalen von 6000 DM. Wir müssten damals Zinsen in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden DM zahlen, im Haushaltsjahr 1988 zahlen wir Zinsen in Höhe von 6,6 Milliarden DM. Das Personal kostete damals 17,7 Milliarden DM und machte 38% des Haushalts aus; es kostet jetzt 24,3 Milliarden DM und macht über 40% des Haushalts aus: eine Personalkostenquotensteigerung von mehr als 1,8%. Die Investitionen sind von 11,5 Milliarden DM gleich 22% des Haushalts auf 7,6 Milliarden DM gleich 12,7% des Haushalts heruntergefahren worden.

Um das noch einmal zu verdeutlichen: Das Haushaltsvolumen nahm um 12 Milliarden DM zu; davon gingen allein 6,7 Milliarden DM für Personalkostensteigerungen und 5,1 Milliarden DM für Zinskostensteigerungen drauf. Das heißt, das gesamte Wachstum des Haushalts über 12 Milliarden DM wurde allein durch diese beiden Ausgabeböcke absolut aufgezehrt; für Entwicklung und für nach vorne war nichts mehr drin.

Die Personalkosten gingen, wie gesagt um 6,7 Milliarden DM herauf, die Investitionen gingen um 4 Milliarden DM herunter: Das ist, Herr Posser, eine tödliche Schere, die zum Ruin führt.

Diese ruinöse Politik, von der Sie selbst in Ihrer Einbringungsrede auch gesprochen haben, wird leider im neuen Haushalt ungebrochen und klar erkennbar fortgeschrieben. Die Personalkosten steigen erneut um 606 Millionen DM, d. h., sie steigen um 2,6% und damit deutlich stärker als der Gesamthaushalt, die Zinsen steigen um 283 Millionen DM und damit um 4,5% und damit wieder deutlich stärker als der Gesamthaushalt, und die Investitionen gehen um 1 Milliarde DM oder 11% zurück; damit vergrößert sich die von mir beschriebene Schere erneut.

Die Gewichte sind falsch. Der Haushalt hat ein nicht länger zu ertragendes und nicht länger zu verantwortendes Übergewicht bei Personal und Zinsen. Dieses Ergebnis, Herr Finanzminister Posser, ist niederschmetternd!

Ich erinnere an Ihren Brief aus 1985. Sie beschreiben damals: 1974 hatte das Land die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder. Das Land zahlte im Länderfinanzausgleich noch Geld, weil es so reich war. 1966 war das Land rund zwanzigmal weniger verschuldet als die Gemeinden des Landes. Heute aber, Ist-Stand 1984 — ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten —, „liegt im Flächenländervergleich das Land mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von damals knapp 4000 DM hinter dem Saarland und Schleswig-Holstein an dritter Stelle, zahlt schon seit 1981 im Länderfinanzausgleich nichts mehr, ist doppelt so hoch verschuldet wie seine Gemeinden“. Sie fahren fort: In den letzten Jahren ist die negative Entwicklung besonders stürmisch verlaufen. Bis 1980 lag das Land hinter Bayern in der Pro-Kopf-Verschuldung noch an zweitbester Stelle. Seither ist es jedes Jahr um einen Platz abgesackt. 1981 hatte es auch Baden-Württemberg überholt, 1982 zusätzlich Hessen, 1983 Niedersachsen und 1984 Rheinland-Pfalz. Als nächstes wird es Schleswig-Holstein überholen.“ Das ist Originalzitat von Ihnen, Herr Minister, aus dem Frühjahr 1985.

Sie fahren fort: „Von Ende 1977 bis 1984 hatten die übrigen Flächenländer im Durchschnitt einen Verschuldungsanstieg von 188%, das Saarland den stärksten von 198%. In demselben Zeitraum ist die Verschuldung von Nordrhein-Westfalen aber um nicht weniger als 408% gestiegen.“ Der größte Teil der Fehler in der Finanzpolitik dieses Landes, die mangelnde Bereitschaft, rechtzeitig das Ruder herumzuwerfen, ist in den Jahren 1978, 1979, 1980 und 1981 zu sehen.

In dieser Zeit wuchsen die Schulden des Landes um fast 40 Milliarden DM. Für die Schulden, die in diesen wenigen Jahren unter Ihrer Verantwortung angehäuft wurden, zahlen wir heute pro Jahr 3 Milliarden DM Zinsen. In dieser Zeit wurden mehr als 32 000 neue Personalstellen geschaffen. In dieser Zeit wurde die Personalquote massiv nach oben geschraubt. Tatsächlich müssen wir ja, wenn wir die Landschaftsverbände hereinrechnen, von mehr als 43% Personalquote ausgehen. Damit das klar

ist: Eine um einen Prozentpunkt höhere Personalkostenquote bedeutet für das Land allein 600 Millionen DM mehr Ausgaben pro Jahr. Eine um 2 oder 2,5% höhere Personalkostenquote kostet für das Land mehr als das, was die Kohle in diesem Land kostet — damit wir einmal die Relationen deutlich machen und damit nicht immer nur einäugig auf eine Entwicklung geschielt wird.

Es gibt weitere Ausgabensünden, die die Sozialdemokraten beschlossen haben. Auch das kann man genüßlich in dem Posser-Brief nachlesen. Herr Posser schreibt in dem Brief, den ich schon zitiert habe:

*„Weitere Hauptursachen sind in sonstigen Mehrausgaben zu suchen, die wir als sozialdemokratische Regierung und Fraktion aus politischer Überzeugung in der Vergangenheit auf uns genommen haben, aber in diesem Umfang nun wohl nicht mehr aufrechterhalten können.“*

Was waren denn die sozialdemokratischen Sonderwünsche, die es da zu finanzieren galt? Da waren die immensen Zuwendungen an die Neue Heimat, die jetzt mit dem Kauf der Wohnungen der Neuen Heimat ein trauriges, unruhmliches und von der CDU so nicht zu akzeptierendes zusätzliches Kostenpaket ausmachen sollen. Da waren die Kosten der LEG. Da waren die Kosten des Klinikums. Da sind die Kosten des Schnellen Brüters, den Herr Farthmann großzügig — wie man im „Spiegel“ lesen kann — genehmigt und dann, als er aus der Verantwortung heraus war, als „Höllefeuer“ bezeichnet hat. Da waren die Kosten der Gesamtschule. Wie hat Herr Ministerpräsident Rau so schön in seiner Rede vor der Landtagsfraktion gesagt: „Die Verantwortung in diesem Lande tragen wir Sozialdemokraten alleine.“ Und in der Politik müsse das Verursacherprinzip wieder wirksam werden, dafür sei er.

Ich kann das nur bestätigen. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt die Sozialdemokratische Partei im Lande Nordrhein-Westfalen zuallererst. Und Sie, Herr Finanzminister

Posser, haben nicht genug Widerstand leisten können, dürfen oder wollen.

Niedrige Steuersätze liegen im Interesse der Bürger und der Wirtschaft. Alle Sachverständigen sagen, daß gerade die Auswirkungen der Steuerreform der wichtigste Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Stabilisierung der Konjunktur sind. Sie wollen exakt diese Steuersenkungen unmöglich machen. Das sind nämlich dieselben Sachverständigen, die auch seinerzeit Ihre Bundesregierung unter Helmut Schmidt beraten haben. Als die Bundesregierung Helmut Schmidt denen nicht mehr folgen wollte, ging es in der Bundesrepublik Deutschland so steil bergab, daß sie selbst ihren Kanzler anschließend im Stich lassen mußten.

Ich kann also nur noch einmal sagen: Wir werden an der Steuerreform festhalten. Ich will einmal ein Beispiel anführen: Die CDU erhöht die Kinderfreibeträge von 432 DM pro Jahr und Kind auf 2484 DM pro Jahr und Kind; das ist eine Anhebung um das Fünffache. Dagegen polemisieren Sozialdemokraten.

Ich will Ihnen einmal ein praktisches Beispiel nennen: Eltern müssen für ihr Kind einen Mantel zum Preis von 100 DM anschaffen.

Falls sie die Kosten vom zu versteuernden Einkommen zu begleichen haben, ergibt sich folgende Rechnung: Bei einem Steuersatz von 22% müßte ein Ehepaar 128 DM einnehmen, um aus dem zu versteuernden Geld 100 DM übrig zu haben, mit dem es den Mantel bezahlen könnte. Bei einem Steuersatz von 56% wäre zur Begleichung der 100 DM für den Kindermantel sogar ein Verdienst von 227 DM erforderlich. Ohne eine steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltslasten für Kinder würde also zu den 100 DM für den Kindermantel noch eine steuerliche Zusatzbelastung von 28 DM bei den niedrigen Progressionsstufe und von 127 DM bei der hohen Progression hinzukommen. Im Ergebnis werden damit Aufwendungen für Kinder besteuert. Das kann nicht im Sinne einer vernünftigen Familienpolitik sein.

Den gleichen Effekt, den ich Ihnen hier an dem Kindermantel vorgeführt habe, haben wir bei den Absetzungen für die Kilometerpauschale. Hier hat der, der einen höheren Verdienst hat, auch einen größeren Vorteil bei der Absetzung. Diesen Effekt haben wir auch beim häuslichen Arbeitszimmer, bei Speisen und bei der Berufskleidung. Überall soll das gelten, nur bei Kindern, die wir politisch in besonderer Weise wollen und unterstützen wollen, da soll das nicht gelten.

Ich denke, wenn Sie den Bericht zur Bevölkerungsentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen sich ansehen, dann sollten Sie auch bei dieser Frage noch etwas nachdenklicher werden.

Ich will noch eine Bemerkung zu dem Verhalten der Sozialdemokraten bei der Steuerreformdiskussion machen. Die SPD-Abgeordneten dieses Hauses und die Funktionäre polemisierten landauf, landab gegen die Steuerreform. Sie haben aber ihren Steuerberater durch ihre Ehefrau schon fragen lassen, was ihnen denn persönlich die Steuerreform bringt. Ich kann Ihnen nur eines sagen: wenn Sie das so ehrlich meinen, dann spenden Sie doch das, was Ihnen die Steuerreform an Vorteilen einbringt, gemeinnützigen Einrichtungen. Wenn Sie meinen, Sie brauchten das alles nicht, dann wäre das ein ehrlicher Beitrag.

Statt dessen produzieren Sie öffentlich Entrüstung, und privat haben Sie durch Ihre Ehefrau bereits eine Woche länger Urlaub buchen lassen; das ist die Situation.

Ich will aber ein weiteres Beispiel nennen. Ein Verheirateter mit drei Kindern, der ein Jahresbruttoeinkommen von 24 000 DM hat — man stelle sich einmal vor: 24 000 DM, so wenig! —, muß nach Ihren alten Steuersätzen jetzt pro Jahr 1 426 DM Steuern zahlen. Nach der Durchführung der Steuerreform zahlt dieser Mann keine Steuern mehr. Und das sind 500 000 Menschen in diesem Lande.

Ein Arbeitnehmer mit drei Kindern und 36 000 DM Bruttoeinkommen mußte nach den alten Steuersätzen 3 516 DM Steuern pro Jahr zahlen, und er muß in Zukunft nur noch

1948 DM bezahlen. Damit hat er eine Gesamtentlastung von 1 568 DM. Er hat eine Entlastung von 44% seiner bisherigen Steuerschuld. Ich bin sehr gespannt, wie Sie auf Dauer Ihre Kampagne durchhalten wollen, wenn Sie den Arbeitnehmern diese Steuervorteile wieder nehmen wollen.

Nun zu den Steuereinnahmen des Landes, das ja von dieser Steuerreform so böse gebeutelt wird! Wenn man die Sozialdemokraten im Lande, wenn man Herrn Posser hört, müßte man eigentlich zu dem Ergebnis kommen, daß ab 1982 die Entwicklung der Steuereinnahmen in Ländern und Gemeinden immerzu nach unten tendiert hat und eine bösartige Bundesregierung sich selbst bereichert hat, indem sie für sich selbst Vorteile herausgeholzt und alle anderen belastet hat. Tatsache ist — und da sollten Sie sehr vorsichtig sein —: der einzige Fall, wo dieses Land in einem Jahr weniger Steuereinnahmen hatte als im vorausgegangenen Jahr, war während der glorreichen Zeit von Helmut Schmidt, nämlich im Jahre 1981. Da hatten wir 309 Millionen DM Steuereinnahmen weniger.

Ab 1982 hatten wir jedes Jahr nennenswerte Steuerzuwächse in einer Größenordnung zwischen 3 und 6%, und das wird auch für die Zukunft so gelten. Bei einer Betrachtung der Ist-Zahlen von 1987 und 1988 — Steuerschätzung Mai 1987 — kann man tatsächlich sagen, daß das Land Nordrhein-Westfalen 1988 1,9 Milliarden DM mehr Steuern einnehmen wird, als für 1987 zu erwarten sind. Das ist eine kräftige Steuerzuwachsrate, mit der ein Finanzminister auskommen muß. In 1989 werden es 1,9 Milliarden DM sein, in 1990 2,2 Milliarden DM und in 1991 2,25 Milliarden DM.

Ich kann nur noch einmal nachdrücklich betonen: Zuwachsrate in einer Größenordnung von 3, 4 oder 5% müssen für die Zukunft für alle Ebenen ausreichen, wenn wir die Bürger entlasten wollen.

Mit der CDU ist eine Steuersteigerungspolitik nicht zu machen. Wir befinden uns im internationalen Wettbewerb, wir müssen die sozial

Schwachen entlasten. Wir dürfen nicht wieder in eine Situation kommen, daß 50% und mehr dessen, was ein Bürger arbeitet, an die Gemeinschaft abgegeben wird. Das ist leistungsfeindlich, und das nimmt jede Freude an der Arbeit. Dadurch würde auch das Wachstum im Lande Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik zurückbleiben.

Auch bei den Gemeinden gilt: Nur 1981 hatten die Gemeinden bei den Steuereinnahmen ein Minus von 2,9%; in 1982 hatten sie plus 4, in 1983 hatten sie plus 7, in 1984 hatten sie plus 6, in 1985 hatten sie plus 5, in 1986 hatten sie plus 6,2%. Herr Finanzminister Posser, wenn das, was an Steuermehreinnahmen beim Land und bei den Gemeinden aufgrund der wiederbelebten wirtschaftlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen ist, den Gemeinden gelassen worden wäre, hätten wir heute reiche Gemeinden, die volle Töpfe zum Investieren hätten, die volle Töpfe zur Modernisierung des Landes hätten. Daß die Gemeinden praktisch stehengeblieben sind, ist ausschließlich auf das zurückzuführen, was diese Landesregierung getan hat.

Ich komme zum Länderfinanzausgleich. NRW hat in der Tat Ansprüche an den Länderfinanzausgleich. Ich kann nur noch einmal sagen: Das ist traurig, aber wahr! Denn es ist kein Zeichen von guten Ergebnissen, wenn man Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, sondern das ist ein Zeichen von nachlassender Wirtschafts-, Steuer- und Finanzkraft; es ist ein Zeichen vom Nachhinken gegenüber der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Da sollte sich die Landesregierung zunächst einmal sehr, sehr vorwurfsvoll an die eigene Brust schlagen.

Seit 1978 zahlen wir praktisch nichts mehr. Das Land hat 11,4 Milliarden DM Finanzausgleich seit Kriegsende gezahlt. Hamburg, das kleine Hamburg, hat 14 Milliarden DM gezahlt! Das Land Baden-Württemberg hat mittlerweile 24 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich gezahlt und muß 1988 erheblich mehr, nämlich 2,3 Milliarden, in den Länderfinanzausgleich zahlen, als wir als Kohle-

sonderlast zu tragen haben. Die eigentliche Verschuldungspolitik dieses Landes, Herr Finanzminister, ging ja los, als wir in den Länderfinanzausgleich nicht mehr zahlten. Die letzten Jahre im Länderfinanzausgleich waren Größenordnungen von 200, 300, 400, 500 Millionen DM; das waren ja keine Milliardenbeträge, wie Sie hier immer leicht den Eindruck erwecken wollen.

Ich komme zu den Kohlelasten. Da warne ich zunächst vor einer Legende, vor einer Kohlelastlegende. In Ihrer Amtszeit, Herr Posser, haben wir 9,2 Milliarden DM einschließlich 1988 für die Kohle ausgegeben. Sie haben im gleichen Zeitraum 44,7 Milliarden DM für Zinsen ausgegeben, und Sie haben im gleichen Zeitraum 71,5 Milliarden DM neue Schulden gemacht. Ich will die Zahl von 9 Milliarden DM nicht gering achten, die wir für die Kohle ausgegeben haben; sie machen aber nur 12% dessen aus, was wir in der gleichen Zeit an neuen Schulden gemacht haben. Fangen Sie bitte bei der Ursachenforschung einmal bei den 88% selbstgemachter Schulden an; dann kommen wir weiter!

Wenn Norbert Blüm, der zum Beispiel als Minister über einen Einzelat verfügt, der größer ist als Ihr Landesetat, Herr Finanzminister Posser — wenn also dieser Norbert Blüm zu einem gemeinsamen Gespräch aller Fraktions- und Parteivorsitzenden in Nordrhein-Westfalen einlädt und Herr Rau sich dann ziert und sagt, sein Gesprächspartner sei der Bundeskanzler, und er habe hier eine protokollarische Frage, dann kann ich nur betonen: Das ist ein schlimmes Beispiel dafür, wie wir die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht transportieren dürfen!

Sozialdemokraten denken bei Einnahmen immer an die Steuern, und zwar an Steuererhöhungen. Das ist zu kurz gedacht. Basis für die Steuern ist eigentlich wirtschaftliches Handeln. Die herausragende Sonderlast dieses Landes ist in der Tat das zu geringe wirtschaftliche Wachstum; denn darin liegt das Defizit begründet, das ist der Grund für die Einnahmeschwäche.

Von 1982 bis 1986 ist nach Aussagen der Landeszentralbank das Bruttonsozialprodukt in Nordrhein-Westfalen um sieben Prozent gestiegen, in den übrigen Ländern der Bundesrepublik hingegen um 11 Prozent. Das sind — von 1982 bis 1986 — vier fehlende Prozentpunkte beim Bruttonsozialprodukt. Ein Prozent fehlendes Bruttonsozialprodukt bedeutet für Sie, Herr Finanzminister, in Einnahmen umgerechnet, 500 Millionen DM für den Landeshaushalt. Wenn ich diese Zahlen auf 1988 hochrechne — denn die Wachstumslücke ist ja noch größer geworden —, macht unsere Wachstumslücke von 1982 bis 1988 mehr als sechs Prozent aus.

Das bedeutet: Weil Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik, für die Sozialdemokraten nun über zwanzig Jahre Verantwortung in diesem Lande tragen, so erfolglos war, nimmt der Finanzminister 3 Milliarden DM Steuern in 1988 weniger ein. Dieses Bild wird auch nicht besser, wenn wir Kohle und Stahl herausnehmen — denn das ist ja die Ausrede, die dann sofort kommt.

So ist zum Beispiel in 1986 das Bauhauptgewerbe in unserem Lande um 4% geschrumpft, im übrigen Bundesgebiet jedoch um 3,5% gestiegen. Die Verbrauchsgüterfertigung ist um 1,2% gewachsen, im Durchschnitt stieg sie doppelt so stark. Im verarbeitenden Gewerbe haben wir einen Zuwachs von 1,3%, im Durchschnitt der Länder beträgt dieser Satz 2,7%.

Ohne den Montanbereich macht der Satz nur noch 1,6% aus, während sich der Durchschnitt der Länder auf 2,7% beläuft.

Woran liegt das? Ich habe es gerade gesagt: nur zum Teil und sehr eingeschränkt am Montanbereich und an der alten Industrieregion. Letztlich liegt dies daran, daß wir in den vergangenen Jahren — ich meine das sehr ernst — zuviel für die Vergangenheitsbewältigung und zu wenig für die Zukunftsgestaltung getan haben.

Nordrhein-Westfalen hat bei der Wirtschaft keinen guten Ruf. Was ist zu tun? Nötig ist eine Änderung im Denken und Handeln. Nötig ist eine Umstellung, ist eine Neubesin-

nung. Was fehlt, was unverzichtbar ist und dringend gebraucht wird, ist eine neue, erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen: eine Politik, die eine Aufbruchstimmung schafft, die ein Klima erzeugt, in dem Investitionen gedeihen, Innovationen wachsen und Leistung Freude macht, weil sie sich wieder lohnt. Da müssen Bremsklötze weggezogen werden, da müssen Bürokratien zu Dienstleistungszentren werden, da muß ein Wirtschaftsminister her, der sich im Kabinett durchsetzen kann und den die Wirtschaft ernst nimmt.

Da muß ein Kabinett her, in dem Fachwissen gefragt und Ideologie verpönt ist. Aber versuchen Sie das einmal bei einem Herrn Minister Zöpel, dem Mann, der 1980 gegen den Widerstand der CDU ein großes Ministerium zugewiesen bekam, um es bis heute zur Unendlichkeit schrumpfen zu lassen! Ist es denn gerechtfertigt, daß seine Unbeliebtheit im Kabinett und in Ihrer Fraktion die Bauarbeiter mit Arbeitsplatzverlusten bezahlen müssen, indem seinem Haushalt über eine Milliarde DM an Investitionsmitteln gestrichen werden? Machen Sie das draußen einmal einem Arbeitnehmer klar! Der Ministerpräsident sollte einen solchen Mann aus dem Verkehr ziehen.

• Aber unabhängig von einer neuen Politik in der Wirtschaft dieses Landes, die ein weiteres Abgleiten Nordrhein-Westfalens verhindern soll und stoppen muß — wir haben in dieser Frage keine Zeit zu verlieren —, müssen auch Finanzmittel für diesen Prozeß der Erneuerung bereitgestellt werden. Der Landeshaushalt gibt dafür heute nichts mehr her. Es sind noch geringe Umschichtungen möglich, die aber nicht reichen würden, um wirklich eine Kehrtwendung zu vollziehen. Es geht nicht anders: Wir müssen, wie in schweren Zeiten der Not — und ich darf die SPD herzlich bitten, darüber wirklich einmal neu und unvoreingenommen nachzudenken — das vorhandene Vermögen zusammenkratzen, konzentrieren, umschichten und es für die Erneuerung und die Innovation dieses Landes einzusetzen.

Die CDU hat dazu Eckwerte für die Errichtung einer Landesentwicklungsbank vorgelegt.

Diese Landesentwicklungsbank soll im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Wirtschaftsförderung und Technologiepolitik im Lande Nordrhein-Westfalen arbeiten. Sie soll die Durchführung aller wirtschaftsorientierten Fördermaßnahmen übernehmen. Als Staatsbank hat sie die Aufgabe, den effektiven Einsatz aller öffentlichen Wirtschaftsförderungsprogramme in enger Abstimmung mit der Kreditwirtschaft sicherzustellen.

Wir denken, daß damit in einem Zeitraum von fünf Jahren zur Initialzündung für die Erneuerung unseres Landes, zum Schließen der Wachstumslücke in Nordrhein-Westfalen ein Kapital von etwa 6 Milliarden DM angesammelt werden könnte. Wir sind in dieser Frage für jeden Ratschlag offen. Wir sind offen für jede Bereicherung. Wir sind auch offen für Korrekturen. Aber wir sind sicher, daß wir ohne eine solche Konzentration der jetzt noch vorhandenen Vermögensmassen und der noch spärlich vorhandenen beweglichen Mittel im Haushalt aus der tödlichen Schere, die ich vorhin deutlich gemacht habe, nicht herauskommen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, greifen Sie sie auf! Wir dürfen — ich habe es gesagt — keine Zeit mehr verlieren. Die Wachstumslücke wird täglich größer. Die Zeit arbeitet gegen Nordrhein-Westfalen. Das entspricht im Grunde dem, was der Finanzminister mit „Sonst laufen wir in den Ruin“ gesagt hat, nur bieten wir ein zusätzliches Instrumentarium an, um genau diesen Ruin im Interesse der 16,7 Millionen Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zu vermeiden.

Wir alle sind nicht für das Zuwarten, das Treibenlassen, das Klagen über Dritte gewählt worden, sondern dafür, die anstehenden Probleme zu lösen. Wir, das ganze Parlament, müssen, wenn die Landesregierung nicht will, die Landesregierung bei dieser bedrückenden Ausgangslage auf Trab bringen. Wir müssen sie flottmachen, damit das Notwendige eingeleitet wird.

Wir werden — daran lassen wir uns von niemandem hindern — gemeinsam mit Norbert Blüm konsequent und im Ergebnis erfolgreich die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in Bundestag und Bundesrat vertreten.

## Landestagung MIT

Für Montag, 19. Oktober 1987, 14 Uhr, ist die zweite Landesdelegiertentagung der Mittelstandsvereinigung NRW eingeladen. Die Tagung findet im Kulturzentrum in Herne statt. Bundesvorsitzender Elmat Pieroth MdA, Generalsekretär Dr. Helmut Linssen MdL und Landesvorsitzender Norbert Blüm MdB sind als Redner angekündigt. MIT-Landesvorsitzender Hans-Joachim Hauser MdB wird einen politischen Bericht geben. Im Zentrum der Tagung steht das Thema „Strukturpolitik in NRW“.

## Agrarausschuß wählt

Die Mitglieder des Agrarausschusses der CDU NRW sind für Samstag, 17. Oktober 1987, 10 Uhr, ins Restaurant „Freischütz“ nach Schwerte eingeladen. Der Termin bringt mit einer Vorstandswahl auch die Vereinigung der Agrarausschüsse Rheinland und Westfalen-Lippe. Die bisherigen Landesvorsitzenden, Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup MdB und Hans-Peter Schmitz MdB, werden mit ihren Berichten die Geschichte der getrennten Organisationen abschließen. Die Versammlung will „Sechs Thesen zur Agrarpolitik“ verabschieden.

## MIT-Bezirke tagen

Die Bezirksversammlung der Mittelstandsvereinigung Sauer-/Siegerland findet am 16. Oktober, 18 Uhr, in der Siegerlandhalle in Siegen statt. Professor E. Hamer spricht über „Mittelstand ist Zukunft“. Der MIT-Bezirk Niederrhein lädt für Dienstag, 20. Oktober, 19.30 Uhr ins Bühnenhaus Kevelaer ein. Es geht um „Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Gebieten“.

## Vorsitzende gewählt

Der Kreisverband Münster wählte einen neuen Vorsitzenden: den 46jährigen Architekten Hans-Otto Höyng. Dr. Paul Hüffer hatte sich aus diesem Amt verabschiedet. Kreisvorsitzender in Unna blieb durch Wiederwahl Richard Heinzel. In den Vorständen der Kreisverbände Münster und Unna sind nach den Neuwahlen deutlich mehr Frauen vertreten. Die Bezirksversammlung Sauer-/Siegerland bestätigte mit großer Mehrheit den Bezirksvorsitzenden Eckhard Uhlenberg im Amt des Vorsitzenden.

## Termine der WIV

Die Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW lädt ihre Mitglieder für den 14. November zur Landestagung in den Saalbau Essen ein. Die Veranstaltung beginnt um 9.30 Uhr und behandelt die Themen Umweltschutz und Gentechnologie. Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat sein Kommen zugesagt.

Weitere Termine: 6. Oktober, Gespräch zwischen VEW und Vertretern des WIV-Bezirks Ruhrgebiet.

16. November, 20 Uhr, Bezirk Ruhrgebiet in Duisburg mit Bundesminister Riesenthaler.

19. November, Unternehmergegespräch mit Generalsekretär Dr. Helmut Linssen.

28. November, Unternehmergegespräch mit Landesvorsitzendem Norbert Blüm in Hamm.

8. Dezember, WIV-Versammlung mit Bundesminister Schäuble, 19.30 Uhr in Köln.

Einzelheiten werden noch bekanntgegeben.